

Information gemäß Artikel 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Verantwortlicher für die Datenverarbeitung

Verantwortlicher ist: Stadtmagistrat Innsbruck, Maria-Theresien-Straße 18, A-6020 Innsbruck (kontakt@innsbruck.gv.at), Tel. +43 512 5360 0

Datenschutzbeauftragter: datenschutz@innsbruck.gv.at

Zweck der Verarbeitung der erhobenen personenbezogenen Daten

Im Zusammenhang mit der Betreuung eines Kindes in einer Kinderbetreuungseinrichtung (städtischer Schülerhort oder schulische Tagesbetreuung in einer städtischen Pflichtschule) gewährt der Stadtmagistrat Innsbruck auf Antrag Ermäßigungen für die zu leistenden Betreuungsbeiträge (inkl. Mittagstisch).

Zur Prüfung der Förderfähigkeit ist es erforderlich, personenbezogene Daten von haushaltszugehörigen und/oder unterhaltspflichtigen Personen zu verarbeiten, die im gemeinsamen Haushalt leben und zum Haushaltseinkommen beitragen oder gegenüber dem Kind gesetzlich unterhaltspflichtig sind.

Die Angaben zu den haushaltszugehörigen und/oder unterhaltspflichtigen Personen sind erforderlich, um die wirtschaftlichen Verhältnisse beurteilen und die Förderfähigkeit sowie die Höhe einer allfälligen Ermäßigung rechtmäßig feststellen zu können. Ohne diese Angaben kann der Antrag nicht oder nicht vollständig geprüft werden.

Ihre Daten werden ausschließlich zum Zweck der Prüfung der Anspruchsberechtigung sowie der Ermittlung einer allfälligen Ermäßigung für Beiträge der städtischen Schülerhorte (inkl. Mittagstisch) vom Amt Kinder, Jugend und Generationen, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck, 0512/ 5360 8357, post.kinder.jugendbetreuung@innsbruck.gv.at bzw. einer allfälligen Ermäßigung für Beiträge in der schulischen Tagesbetreuung in einer städtischen Pflichtschule (inkl. Mittagstisch) vom Amt Schule und Bildung, Maria-Theresien-Straße 18, 6020 Innsbruck, 0512/ 5360 8016, post.schule.bildung@innsbruck.gv.at verarbeitet. Zur Verarbeitung personenbezogener Daten hat die Stadt Innsbruck IT-Dienstleister betraut, mit denen entsprechende Auftragsverarbeitungsverträge gemäß Artikel 28 Datenschutzgrundverordnung abgeschlossen wurden.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung der Kategorien von personenbezogenen Daten

Die Verarbeitung erfolgt auf Rechtsgrundlage Erfüllung eines Vertrags gemäß Art. 6 Abs. 1 lit. b und e DSGVO.

Im Zuge der Antragstellung wurden uns durch die obsorgeberechtigte(n) Person(en) insbesondere folgende Daten bekanntgegeben: Name, Kontaktdaten, Geburtsdatum, Verhältnis zum betreuten Kind, Angaben zur Haushaltszugehörigkeit, Unterhaltspflichten sowie jene Einkommens- und Nachweisdaten, die für die Prüfung der Anspruchsberechtigung auf die beantragte Ermäßigung erforderlich sind.

Löschung der personenbezogenen Daten

Die Speicherdauer der personenbezogenen Daten beträgt bei negativer Entscheidung drei Jahre und bei positiver Entscheidung sieben Jahre. Durch Pseudonymisierung können die Daten des Subventionsansuchen für statistische Zwecke verwendet werden.

Quelle der personenbezogenen Daten

Die personenbezogenen Daten wurden von der bzw. den obsorgeberechtigten Personen des betreuten Kindes im Rahmen der Antragstellung auf Gewährung einer Ermäßigung bekannt gegeben.

Empfänger der personenbezogenen Daten und Übermittlung in ein Drittland

Zur Prüfung der Förderfähigkeit werden die Daten an andere Dienststellen des Stadtmagistrates weitergegeben. Soweit dies zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist, können die dafür notwendigen personenbezogenen Daten an externe oder interne Rechtsvertretungen, Gerichte oder sonstige zuständige Behörden übermittelt werden.

Zur Verarbeitung der diesbezüglichen personenbezogener Daten hat der Verantwortliche IT-Dienstleister betraut, mit denen entsprechende Auftragsverarbeitungsverträge gemäß Art. 28 DSGVO abgeschlossen wurden.

Weitere Informationen

Nach den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) haben alle Personen das Recht auf Auskunft, Richtigstellung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Datenübertragbarkeit und auf Widerspruch. Es besteht keine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling und KI-Systeme nach Art. 3 Z 1 KI-VO werden nicht eingesetzt. Ihre Rechte können Sie beim Verantwortlichen mündlich oder schriftlich, falls gefordert, mit Identitätsnachweis über datenschutz@innsbruck.gv.at ausüben. Die Bereitstellung Ihrer personenbezogenen Daten ist für die Wahrnehmung Ihrer Betroffenenrechte gesetzlich vorgeschrieben, um Missbrauch zu verhindern. Weitere Informationen finden Sie im Internet auf <https://www.innsbruck.gv.at>.

Wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt oder Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche verletzt wurden, können Sie Beschwerde bei der österreichischen Datenschutzbehörde erheben.